

BLICKPUNKT ZUKUNFT

BLICKPUNKT ZUKUNFT

**Zeitschrift mit Beiträgen und Zeitdokumenten
zur Zukunfts- und Friedensdiskussion**

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

VDW VEREINIGUNG DEUTSCHER
WISSENSCHAFTLER E.V.

VERANTWORTUNG IN DER WISSENSCHAFT
VERANTWORTUNG IN DER WISSENSCHAFT

Herausgeber: Werner Mittelstaedt und die
Vereinigung Deutscher Wissenschaftler – VDW e.V.

ISSN 0720-6194

Bei Einzelbestellung:
6,- Euro / US-\$ 9,-

Redaktion:
BLICKPUNKT ZUKUNFT
Werner Mittelstaedt
Ecksteins Hof 50
D-45721 Haltern am See

E-Mail:
werner.mittelstaedt-gzs@t-online.de

Ausgabe 1 – 58 als Volltext im Internet!
WWW.BLICKPUNKT-ZUKUNFT.COM

Gegründet 1980 von Werner Mittelstaedt

VIEWPOINT FUTURE

Ausgabe 58 · Juni 2013 · 33. Jahrgang

Editorial

In dieser Ausgabe von BLICKPUNKT ZUKUNFT finden Sie Reflexionen über die vergangenen Aktivitäten der VDW im 100. Geburtstagsjahr von Carl-Friedrich von Weizsäcker (in den VDW-Informationen und im Beitrag von Ulrich Bartosch). Darüber hinaus Planungen für den Herbst 2013.

Dieses Jahr findet wieder eine Jahrestagung der VDW zu den historischen Themen der VDW – Frieden und Friedensgestaltung – statt. Diese Jahrestagung wird eröffnet durch die Mitgliederversammlung.

Im November erinnert die VDW an die Geburtsstunde des „Nachhaltigkeitsdiskurses“. Vor 300 Jahren tauchte der Begriff „Nachhaltigkeit“ das erste Mal in der sächsischen Fortwirtschaft auf. Wie es dem Wirken der VDW entspricht, hat der Kongress, den die VDW gemeinsam mit der Universität Göttingen vorbereitet, viel mit den aktuellen Herausforderungen zu tun. Unabdingbarer Bestandteil dieses Kongresses ist die Rolle der Wissenschaft. Was heißt „große Transformation“ für die Wissenschaft? Angestoßen durch den Bericht des WBGU und vertieft durch das von Uwe Schneidewind herausgegebene Buch „Transformative Wissenschaft“ geht es um den Einstieg in dieses Thema, aber auch um die Vertiefung des theoretischen Fundaments und der gesellschaftlichen Dimension (Partizipation, Einbeziehung der Zivilgesellschaft). Das von der VDW unterstützte und mit entwickelte Projekt „Forschungswende“ ist deswegen aktueller denn je.

Verweisen möchten wir noch auf eine weitere Diskussion, in der die VDW wieder eine aktive Rolle spielt: die Friedensdiskussion. Mit dem 1. Friedensgespräch zu Drohen waren wir hochaktuell. Zudem waren wir in der Lage, ExpertInnen unterschiedlichster gesellschaftlicher Organisationen und politischer Überzeugungen zu einem Diskurs zusammenzubringen. Wir werden die Reihe „Friedensgespräche“ fortsetzen.

Darüber hinaus finden Sie in dieser Ausgabe einen Beitrag über Robert Jungk, der am 11. Mai 2013 einhundert Jahre alt geworden wäre. Dieser Aufklärer, Zukunftsdenker, Zukunftsforscher, Friedenskämpfer, Wissenschafts- und Gesellschaftskritiker, Atomgegner, Ermutiger, Vernetzer, Mahner, Philosoph, Autor und Journalist war ein Jahrtausendmensch, der das Themenspektrum der VDW ebenso positiv beeinflusste, wie die inhaltliche Arbeit der kritischen Zukunftsforschung. Ein hochaktueller und wich-

tiger Beitrag von Hartmut Graßl zur Klimadiskussion ist ein weiteres Highlight dieser Ausgabe. Darüber hinaus gibt es natürlich Beiträge und Informationen aus der Zukunftsforschung.

Stets aktuelle Informationen der VDW sind im Internet über die Website: www.vdw-ev.de abrufbar. Informationen über Projekte, in denen die VDW eingebunden ist, finden Sie auf den Websites: www.zukunftderernaehrung.org und www.forschungswende.de.

Übrigens sind alle Ausgaben von BLICKPUNKT ZUKUNFT, die seit dem Jahre 1981 erschienen sind, als Volltext im Internet im PDF-Format abrufbar: www.blickpunkt-zukunft.com Bitte weitersagen!

Reiner Braun / Werner Mittelstaedt

Die Themen:

**100 Jahre Robert Jungk – Reminiszenzen an
einen Jahrtausendmensch**
von Werner Mittelstaedt

**Klima als Herausforderung
für Welternährung und Frieden**
von Hartmut Graßl

**Wie weiter mit Friedenseinsätzen?
„Peace Operations 2025“**

Zeitschrift für Zukunftsforschung

**Als farbige Einlage:
VDW-Informationen**

Impressum

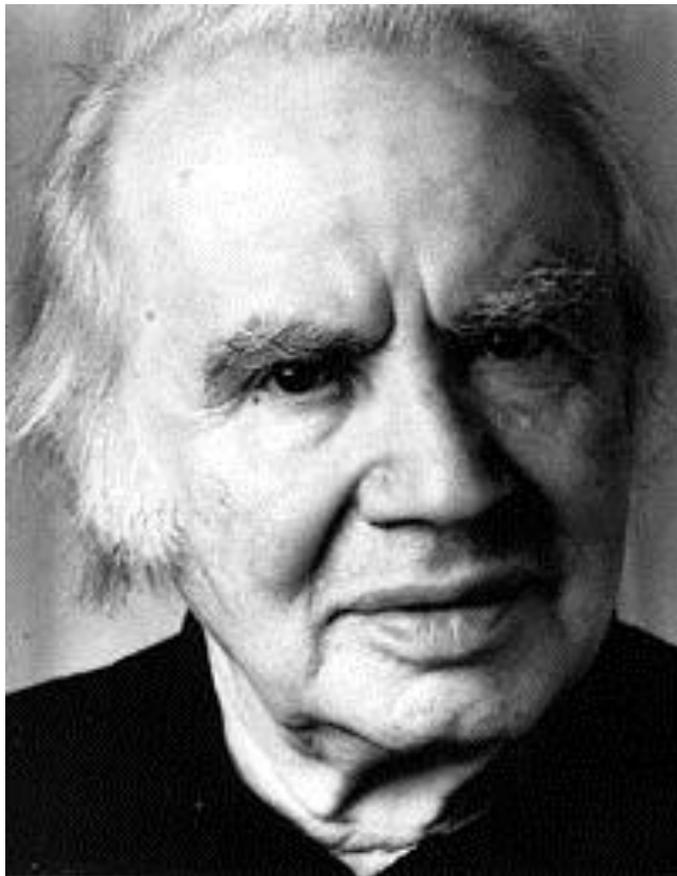
Buch:

Johannes Gabriel
Der wissenschaftliche Umgang mit Zukunft

Weltinnenpolitik für das 21. Jahrhundert
von Ulrich Bartosch

100 Jahre Robert Jungk – Reminiszenzen an einen Jahrtausendmenschen von Werner Mittelstaedt

Robert Jungk starb am 14. Juli 1994 in Salzburg im Alter von 81 Jahren. Er wäre am 11. Mai 2013 100 Jahre alt geworden.



Das faszinierende Lebenswerk dieses Weltstars, der sich für eine human ausgerichtete und zukunftsfähige Weltgesellschaft ebenso unermüdlich wie vielfältig engagiert hat, war und ist Vorbild für viele Menschen. Es wird auch Zeugnis dafür bleiben, dass sich der schwierige Kampf für die Um- und -Neugestaltung unserer von zahllosen Krisen und Katastrophen heimgesuchten Welt lohnt, denn Robert Jungk hat sichtbare Spuren der Hoffnung hinterlassen; sichtbar, weil er in genialer Weise an unzähligen Projekten für eine menschlichere Welt mitwirkte und damit dazu beigetragen hat, dass Schlimmes nicht schlimmer wurde und sich vieles zum Besseren wendete.

Er wurde Träger des Alternativen Nobelpreises, der ihm im Jahre 1986 in Stockholm verliehen wurde. Sein großes Vermächtnis besteht aus zahlreichen Monografien, der Erfindung der Zukunftswerkstätten und deren Methoden, ungezählten Publikationen in allen möglichen Medien und der »Internationale Bibliothek für Zukunftsfragen« (Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen) in Salzburg, die er im Oktober 1986 eröffnete. Nichtregierungsorganisationen, Bürgerinitiativen und ungezählte Gruppen und Personen in aller Welt waren und sind dabei, im Sinne Robert Jungks an der Gestaltung zukunftsfähiger Gesellschaften mitzuwirken. Das wollte Robert Jungk! Er wollte immer die betroffenen Menschen nicht wünschenswerter Entwicklungen zu Gestaltern wünschenswerter Zukünfte machen. Er motivierte Menschen, sich selbst für die Gestaltung ihrer Lebenswelt zu engagieren, anstatt es wenigen Entscheidungsträgern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zu überlassen. Er stärkte die Motivation vieler Menschen, sich gegen die vielfältigen Fehlentwicklungen, die aus dem kapitalistisch-industriellen Komplex

resultieren, zu stämmen. Dafür engagierte er sich in vielen Ländern der Welt.

Das Symbol seines Lebens war das Stehaufmännchen, sein erstes Spielzeug. »Es lässt mich immer aufstehen, auch weil ich mehr Phantasie habe als die Wirklichkeit«, sagte er einmal in einem Fernsehinterview. In seinem bewegten Leben, dessen zentrales Thema der Kampf um eine humane und zukunftsfähige Menschheit war, hat er nie die Hoffnung auf ein besseres Morgen aufgegeben.

Robert Jungk, 1913 als Jude in Berlin geboren, nahm sehr früh als Jugendlicher die heraufziehende Gefahr des Naziterrors wahr. Seine humanistische und an Gerechtigkeit orientierte Persönlichkeit brachte ihn deshalb schon mit 19 Jahren in den Widerstand. Trotz aller persönlichen Gefährdungen riss er nach dem Reichstagsbrand Naziparolen in der Berliner Humboldt-Universität ab. Einen Tag später wurde er verhaftet und kam unter glücklichen Umständen bald wieder frei - auch, weil der Rechtsstaat noch ein paar Stunden funktionierte.

Bedingt durch seine Ausbürgerung im Jahre 1934 betrieb er seine Widerstandsarbeit größtenteils aus dem Exil. 1936 reiste er wegen einer Erkrankung illegal nach Berlin ein. Er arbeitete mit Widerstandsgruppen, wie dem »Gegner-Kreis« um Harro Schulze Boysen, und für illegale Artikelagenturen. Für die Widerstandsgruppe »Neu-Beginnen« führte er illegale Kurierdienste durch. Seine Widerstandsarbeit wurde durch das Auffliegen des Artikeldienstes so gefährlich, dass er im Frühjahr 1937 über die grüne Grenze in die Tschechoslowakei flüchten musste.

In Prag arbeitete er für den kritischen Pressedienst »heute aktuell«, der in deutscher Sprache veröffentlicht wurde. Dieser wurde nach Drohungen von sudetendeutscher Seite im Jahre 1938 unter dem Titel »Mondial Press« nach Paris verlegt. Im selben Jahr wurde unter seiner Beteiligung zusätzlich in London der für den Widerstand arbeitende Pressedienst »Air Mail Press« gegründet.

Während des Krieges lebte er in der Schweizer Emigration. Dort agierte er unter schwierigsten Bedingungen und extremsten Belastungen (1943 Internierung in der Strafanstalt Sankt Gallen) gegen die Verbrechen des Naziregimes. Seine unter dem Pseudonym F. L. gezeichneten Artikel in der Weltwoche fanden große Aufmerksamkeit.

Viele seiner jüdischen Freunde kamen in Konzentrationslagern ums Leben. Sein eigenes Überleben war ihm Verpflichtung, sein Leben dem Kampf für eine bessere Zukunft zu widmen, in der Menschen ihre sozialen und humanen Fähigkeiten zur Entwicklung toleranter und gerechter Gesellschaften entfalten. Jungks Zukunftsdenken war begleitet von engagierten Warnungen vor Faschismus und Intoleranz.

Tief bewegt wurde er durch die Nachrichten über die Abwürfe der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki. In seiner Biographie »Trotzdem. Mein Leben für die Zukunft« schrieb er über seine Eindrücke im August 1945: »Welchen enormen Eindruck auf mich die Nachrichten über den Abwurf der zwei Nuklearbomben und die dadurch bewirkten Zerstörungen gemacht haben, erkenne ich daran, daß meine Erinnerung an den Tag der deutschen Kapitulation im Vergleich zu dem Entsetzen über den Untergang von Hiroshima und Nagasaki völlig verblaßt ist. Mindestens so groß wie das Erschrecken über den Massenmord von Zehntausenden Japanern war mein Schock, daß »unsere Seite« zu solcher monströsen Unmenschlichkeit imstande gewesen war. Meine - und vieler anderer - naive Überzeugung, daß in diesem Krieg sich eindeutig Menschlichkeit gegen Menschenverachtung zur Wehr gesetzt hatte, erwies sich mit einem Donnerschlag als falsch. Auch wir waren also zu barbarischen Handlungen bereit. Und deshalb würde ich dieses »wir« nicht länger bedenkenlos

aussprechen können. »Sie« waren es, die befohlen hatten, das Leben zahlloser Unschuldiger zu vernichten. Sie, die Machthaber. Nie mehr würde ich ihnen vertrauen können, wenn sie sich noch so sehr als Bewahrer der Humanität und Verteidiger der Freiheit aufspielen sollten.« (1993, S. 209).

Seinen Weltbestseller »Strahlen aus der Asche«, in dem er über die Wiederauferstehung der Stadt Hiroshima nach dem Abwurf der ersten Atombombe am 6. August 1945 berichtet und zahlreiche Einzelschicksale der Überlebenden in beklemmender und zugleich beeindruckender Weise schildert, beendet er so: »Als ich nach Hiroshima reiste, kam ich als Reporter, der die interessante Geschichte einer fremden Stadt aufschreiben wollte. Aber je länger ich mich mit dieser Story beschäftigte, um so klarer wurde mir, daß ich nicht außerhalb und über ihr stand, sondern ein Teil von ihr war. Auch ich bin nämlich ein »Überlebender«, der, wenn es das Schicksal nicht zufällig anders gewollt hätte, in einem der Massenvernichtungslager des Dritten Reiches umgekommen wäre. Und nun suchte ich am anderen Ende der Welt, am Rande Ostasiens, Antwort auf eine Frage, die mir mein eigenes Leben gestellt hatte. Diese Frage heißt: »Was haben wir, die Überlebenden des Zweiten Weltkriegs, bisher getan, um unsere Rettung zu rechtfertigen?« Ich hatte die Tatsache, verschont geblieben zu sein, jahrelang genauso gedankenlos hingenommen wie viele andere. Dann aber traf ich die Atomopfer von Hiroshima und erhielt durch sie eine Vorahnung des neuen Unheils, das auf uns zukommt. Seither weiß ich, daß wir, die Generation derer, die »noch einmal davongekommen sind«, unsere ganze Kraft darauf verwenden müssen, daß unsere Kinder nicht nur so zufällig überleben wie wir. Finde jeder seinen Weg, für die Bewahrung des Lebens zu kämpfen. Nur ernst muß es ihm sein.« (1963, S. 326-327). Robert Jungk nahm sich, dem Zitat folgend, bescheiden zurück, denn er hatte sich schon viele Jahre, bevor er dieses Buch schrieb, intensiv für die Zukunft der Menschheit engagiert und schon lange davor Bücher wie »Die Zukunft hat schon begonnen« (Jungk 1952) und den Weltbestseller »Heller als tausend Sonnen. Das Schicksal der Atomforscher« (Jungk 1956) geschrieben und darin vehement für eine menschliche Zukunft mit einer zukunftsfähigen Wissenschaft und Technik plädiert. Er kritisierte stets die bestehenden Fehlentwicklungen, die auf einen blinden Fortschrittsoptimismus beruhen. Insbesondere die Atomtechnik und technologischen Denkmuster in Wissenschaft und Technik kritisierte er scharf.

Robert Jungk war Aufklärer, Zukunftsdenker, Friedenskämpfer, Wissenschafts- und Gesellschaftskritiker, Atomgegner, Ermutiger, Vernetzer, Mahner, Philosoph, Autor, Journalist und Politiker; letzteres, nicht in Form fester Beziehungen zu politischen Parteien, sondern im Sinne des ständigen Ringens und Vermittelns um den besten Zukunftsweg zwischen den Menschen. Das Etikett »Zukunftsforscher« hat er immer abgelehnt, er vertrat die These, dass sich Zukunft nicht erforschen lasse! Er war einer der großen Visionäre des 20. Jahrhunderts, der gerne utopische Ideen in Diskussionen einbrachte. In seinen zahlreichen Publikationen verband er Kritik an den bestehenden Verhältnissen (Technikkritik, Politik- und Gesellschaftskritik) konsequent mit konstruktiven Visionen einer lebenswerten und zukunftsfähigen Welt. Er war kein Theoretiker und engagierte sich weltweit dort, wo ihn die Alternativbewegungen, Atomkraftgegner, die Friedens- und Umweltbewegung, die kritische Zukunftsforschung und andere Neue Soziale Bewegungen brauchten - und sie brauchten ihn sehr häufig!

Die jedem Menschen innewohnende Phantasie zur notwendigen Veränderung des Bestehenden zu wecken, auch das war ein besonderes Anliegen Robert Jungks. Er hatte den festen Glauben, dass Veränderungen von »unten« beginnen und spürte ihre Potentiale weltweit auf. In seinem im Jahre 1973 erschienenen Buch »Der Jahrtausend-

sendmensch. Bericht aus den Werkstätten der neuen Gesellschaft« (1973) stellte er schon zu Beginn der Umwelt-, Zukunfts- und Friedensbewegungen umfassend den beginnenden Wandel des Strebens der Menschen nach einer gerechten, humanen Welt dar. Er berichtete enzyklopädisch über Menschen und Projekte, die neue Wege eines zukunftsorientierten und menschlichen Zusammenlebens erprobten und vorlebten. Vieles, was Robert Jungk in diesem Buch als beispielgebend darstellte, wurde später zum Gedankengut vieler weiterer Projekte der Alternativbewegung und grüner Parteien. In diesem Buch betonte er nicht nur die dringende Notwendigkeit zur Veränderung der Menschen und der Gesellschaft, sondern zeigte auch auf, dass in jedem Menschen genug Phantasie steckt, um Veränderungen zu realisieren. Um die dem Menschen innewohnende soziale Phantasie zu nutzen, müssen aber Bildungssysteme, politische Prioritäten und auch die Demokratie geändert bzw. ergänzt werden, schrieb er und zeigte zahlreiche Wege zur Realisierung dieses Gedankens auf. Menschen, die an der Gestaltung einer lebenswerten und zukunftsfähigen Weltgesellschaft mit sozialen Innovationen beitragen, nannte er Jahrtausendmenschen. *Robert Jungk war selbst ein ganz großer Jahrtausendmensch, denn er lebte seine Ideale.* Er betonte immer wieder, dass auch kleinste Beiträge zur Veränderung bestehender Missstände wichtig sind.

In den späten 1970er Jahren ist das von Robert Jungk und Norbert R. Müllert entwickelte Konzept der Zukunftswerkstatt populär geworden. Robert Jungk hatte es bereits Mitte der 1960er Jahre entwickelt und später mit Norbert R. Müllert immer wieder verfeinert (vgl. Jungk und Müllert 1981). Mit dieser Methode wird den unterschiedlichsten Interessengruppen (ideal sind maximal 30 Personen) eine Plattform geliefert, ihre Ideen von einer neuen, antizipatorisch orientierten Zukunftsgestaltung *vor Ort* in verschiedenen Phasen umzusetzen. Zukunftswerkstätten wurden ursprünglich speziell für Bürgerinitiativen und Nichtregierungsorganisationen entwickelt, werden aber seit Jahrzehnten zunehmend zur Entwicklung von Ideen, Perspektiven und in Realisierungsphasen für die Zukunftsgestaltung in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft weltweit durchgeführt.

Viele Jahrzehnte lang war Robert Jungk unermüdlich auf unzähligen Veranstaltungen in der ganzen Welt durch Vorträge, Diskussionen und Mitarbeit aktiv. Zu fast allen wichtigen Themen hat er geschrieben, diskutiert, referiert und immer brachte er seine Kreativität und seinen Erfahrungsschatz ein. Sein Ziel war immer, Ansätze und Visionen für eine bessere Welt publizistisch aufzuarbeiten und möglichst vielen Menschen zur Nachahmung zu empfehlen.

Seine Arbeit war permanent begleitet von einer mit breitem Wissen argumentierenden Kritik an Wissenschaft, Technik und am industriell-politischem Establishment. Diese verband er unnachahmlich und, wo immer es ging, mit eindringlichen Thesen und begnadetem rhetorischen Können. Damit gelang es ihm, diejenigen Menschen zu ermutigen, die für eine menschliche und zukunftsfähige Menschheit eintreten.

Besonders mit seinem Engagement gegen die Nutzung der Atomenergie, verschaffte er sich auch bei Kritikern in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft großen Respekt. Dass seit langem (und nicht erst nach Harrisburg, Tschernobyl und Fukushima) die Nutzung der Kernenergie auf sehr breite Ablehnung stößt und der Bau neuer Atomkraftwerke weltweit zum Teil gestoppt wurde oder wie in Deutschland und einigen anderen Ländern die Nutzung der Kernenergie aufgegeben wird, dazu hat Robert Jungk ganz erheblich beigetragen.

In seiner Autobiographie (1993) berichtet er umfassend über seinen bewegten Lebensweg, seine Antriebe, seinen Optimismus und über viele Projekte und Erfahrungen zur zukunftsfähigen Umgestaltung des Bestehenden.

Es ist auch ein lesenswertes Kompendium über den Stand der Zukunftsbewegungen.

Sein Buchtitel »Die Zukunft hat schon begonnen« (1952) wurde im deutschsprachigen Raum ein geflügeltes Wort. Der Begriff »Atomstaat«, basierend auf seinem gleichnamigen Buch (1977), ist heute Synonym für das Gefahrenpotential und die Unbeherrschbarkeit der Kernenergie und anderer Großtechnologien. In diesem faktenreichen Buch argumentiert er gegen den blinden Fortschrittsoptimismus, der dazu führen kann, dass Demokratie und Freiheit durch die Sicherheitsanforderungen der Atomwirtschaft eingeschränkt werden. Das Buch zeigt deutlich die Gefahren und Sicherheitsmängel der Atomkraftwerke und deckt die einseitige Interessendurchsetzung der Atomlobby schonungslos auf. Natürlich verweist er auch auf Alternativen zur Kernenergie.

Ich habe Robert Jungk erstmals im Jahre 1978 in den Geschäftsräumen der Gesellschaft für Zukunftsfragen in Berlin kennen gelernt. Bis in die frühen 1990er-Jahren habe ich ihn auf vielen Veranstaltungen gesehen und oft mit ihm Informationen ausgetauscht, zu aktuellen Themen befragt und diskutiert. Mich persönlich hat er neben ganz wenigen anderen Persönlichkeiten ermutigt, meine Arbeiten als Buchautor, Herausgeber der Zeitschrift BLICKPUNKT ZUKUNFT und kritischer Zukunftsforscher in den frühen 1970er-Jahren zu beginnen und bis zum heutigen Tag nicht aufzugeben. So hat er mich beispielsweise auf seiner Geburtstagsfeier zu seinem 75. Geburtstag, die in Berlin im Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung veranstaltet wurde, »heran zitiert« und mich

eindringlich mit den Worten ermahnt »Mach weiter so! Gehe Deinen Weg weiter, Deine Arbeit ist wichtig«.

Literatur:

Jungk, Robert (1952): *Die Zukunft hat schon begonnen. Amerikas Allmacht und Ohnmacht.* Bern und Stuttgart: Alfred Scherz Verlag.

Jungk, Robert (1956): *Heller als tausend Sonnen. Das Schicksal der Atomforscher.* Bern und Stuttgart: Alfred Scherz Verlag.

Jungk, Robert (1963): *Strahlen aus der Asche. Geschichte einer Wiedergeburt.* Bern und Stuttgart: Alfred Scherz Verlag.

Jungk, Robert (1973) *Der Jahrtausendmensch. Bericht aus den Werkstätten der neuen Gesellschaft.* München: C. Bertelsmann.

Jungk, Robert (1977): *Der Atomstaat. Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit.* München: C. Bertelsmann.

Jungk, Robert, und Norbert R. Müllert (1981): *Zukunftswerkstätten. Wege zur Wiederbelebung der Demokratie.* München: Goldmann.

Jungk, Robert (1983): *Menschenbeben. Der Aufstand gegen das Unerträgliche.* München: C. Bertelsmann.

Jungk, Robert (1993): *Trotzdem. Mein Leben für die Zukunft.* München: Hanser Verlag.

© Werner Mittelstaedt, Ecksteins Hof 50, D-45721 Haltern am See, Mai 2013

Klima als Herausforderung für Welternährung und Frieden von Hartmut Graßl

Max-Planck-Institut für Meteorologie, Hamburg

„Wo Hunger herrscht, ist auf die Dauer kein Frieden.“¹

Einleitung

Die Geschichte der Menschheit ist auch eine der Hungerkatastrophen, und wer hungert oder darbt setzt sich eher über Regeln hinweg als der Satte, so dass sicherlich eine wesentliche Voraussetzung für den Frieden eine ausreichende Ernährung ist. Während noch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Dürre, in der Sprache der Meteorologen ein länger anhaltendes Niederschlagsdefizit einer Region im Vergleich zum langjährigen Mittel, von allen sogenannten Naturkatastrophen mit mehreren Millionen Toten pro Jahr die höchste Zahl von Opfern von allen Katastrophen forderte, ist am Beginn des 21. Jahrhunderts der Tod durch Dürre fast ausschließlich auf die Gebiete mit Bürgerkrieg beschränkt. Die globale Koordination der Hilfe, fast immer durch Organisationen aus den OECD-Ländern, erlaubt das Überleben, ändert aber die Verletzlichkeit bei zukünftigen Niederschlagsdefiziten meist nicht. Das Wort Naturkatastrophe ist allerdings inzwischen für die meisten der von den Versicherern penibel registrierten Katastrophen der falsche Begriff, weil die wetterbedingten, sie sind die überwiegenden, von uns Menschen mit verursacht sind, also einen anthropogenen Anteil haben. Nur deshalb bin ich als Klimatologe zu diesem Thema zum Vortrag geladen worden, weil die raschen, schon angelaufenen globalen Klimaänderungen durch den Menschen die Lebensbedingungen vieler Menschen fundamental ändern können und teilweise schon ändern.

Landwirtschaft als wesentliche Störung der Stoffkreisläufe

Es gibt nach Ansicht der meisten Wissenschaftler bisher drei wesentliche Grenzüberschreitungen durch uns Menschen, die das Wiedererreichen einer Nachhaltigen Entwicklung stark gefährden: Der Verlust an biologischer Vielfalt, der durch Kunstdüngung stark gestörte Stickstoff- und Phosphorkreislauf sowie die Klimaänderungen durch den erhöhten Treibhauseffekt der Erdatmosphäre wegen der Verbrennung fossiler Brennstoffe. Während die ersten beiden überwiegend Folge der industriellen Landwirtschaft sind, ist die Landwirtschaft für die Klimaänderungen zwar wesentlich aber nach der Verbrennung fossiler Brennstoffe nur auf Rang zwei bei den Ursachen. Alle drei Grenzüberschreitungen haben also mit der Ernährung zu tun und sie sind keineswegs unabhängig voneinander. So hat die Arbeitsgruppe 2 des Zwischenstaatlichen Ausschusses über Klimaänderungen der Vereinten Nationen im Jahre 2007 geschlussfolgert: *Wenn der Anstieg der mittleren globalen Temperatur 1,5 bis 2,5 °C überschreitet, ist ein erhöhtes Aussterberisiko für ca. 20-30 % der bisher untersuchten Tier- und Pflanzenarten wahrscheinlich* (IPCC, 2007); Übersetzung durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)). Zusätzlich führt in jüngerer Zeit der steigende Ölpreis zu einem neuen Konflikt zwischen Lebensmittelproduktion und Bioenergienutzung. Die Folge ist laut FAO (2010): Mehr Hunger in armen Ländern. Oder wie es Oxfam im Oktober 2012 ausdrückte: *1) Futures prices for food staples rise by 50% as droughts hit harvests; 2) World is battling a record number of food-related emergencies and facing \$4.1bn*

funding shortfall; 3) Call for end to 'crazy' biofuel mandates that mean 40% of US corn stocks are used for fuel.

Was wäre zu tun?

Da die Landwirtschaft bezüglich aller oben genannten Grenzüberschreitungen Täter ist, aber oft auch zuerst Opfer der schon laufenden Klimaänderungen wird, ist sie eigentlich als erste zu einer globalen Kehrtwende aufgefordert, wofür jedoch nur erste Ansätze in der Wissenschaft aber noch bei Weitem nicht in der gesellschaftlichen Debatte der führenden Länder und damit in deren Politik existieren. Deshalb werde ich im Folgenden zunächst über die Maßnahmen zur Dämpfung der Klimaänderungen sprechen, bevor ich die Forderungen für die Landwirtschaft behandle.

Bereich Klimaänderungen

Zuallererst sind die Treibhausgasemissionen zu reduzieren, denn ohne eine drastische Reduktion - wie z.B. für die Bundesrepublik Deutschland als Ziel erklärt (mindestens um 85% gemindert bis zum Jahre 2050) - ist eine nachhaltige Entwicklung eine Illusion. Dazu gehört aber nicht nur die Behandlung der Kohlekraftwerke als Auslaufmodell, sondern auch die Emissionsreduktion oder Eliminierung der sogenannten ewigen Treibhausgase. Ein Beispiel: Das stärkste bisher bekannte anthropogene Treibhausgas ist bei weitem das Schwefelhexafluorid (SF₆), das überwiegend zur Kühlung der Transformatoren im elektrischen Netz verwendet wird: 1 kg trägt bei Integration der Wirkung über hundert Jahre 23.900 Mal stärker zum Treibhauseffekt bei als die gleiche Masse CO₂. Umgerechnet in CO₂-Äquivalente entspricht die Verkaufsmenge von SF₆ in Deutschland 2010 knapp 25,7 Millionen Tonnen CO₂. Nur Teile werden nach Reinigung wieder verwertet (Quelle: BMU 2011).

Aber auch die Reduktion des Rußanteils bei der Verbrennung in Dieselmotoren, Heizkesseln und Kraftwerken wäre ähnlich wichtig wie die Vermeidung eines wesentlichen Anteils der Methanemissionen in der Landwirtschaft und bei der Handtierung von fossilen Brennstoffen.

Darüber hinaus ist - anders als noch bei Verabschiedung des Kioto-Protokolls gedacht - inzwischen das von der Staatengemeinschaft errichtete Fernziel 2°C mittlere globale Erwärmung im 21. Jahrhundert nicht zu überschreiten nur noch mit Integration der Nichtindustrieländer zu erreichen. Etwa 15 Länder emittieren pro Kopf mehr als jedes Industrieland. Dazu zählen fast alle arabischen Ölländer, deren Pro-Kopf-Emissionen teilweise über 40 Tonnen Kohlendioxid pro Jahr liegen. Rechnet man die Emissionen aus Landnutzungsänderungen - meist eine höfliche Umschreibung für rasche Abholzung - hinzu, dann sind auch Länder wie Malaysia und Indonesien zurzeit stärker emittierend als der Bürger der Bundesrepublik Deutschland mit etwa 9 Tonnen CO₂ pro Jahr.

Bereich Landwirtschaft

Da die Landwirtschaft bei kaum ausweiterbarer Fläche für Ackerbau und Weiden eine noch immer wachsende Menschheit - wenn auch jetzt langsamer (nur noch mit ca. 1% pro Jahr bei weiter fallender Zuwachsrate) - zu ernähren hat, sind Maßnahmen besonders schwierig umzusetzen und die notwendigen Diskussionen werden auch meist sofort emotional und wenig rational geführt. Zusätzlich gab es bisher nur einen einzigen, relativ umfassenden, bewertenden wissenschaftlichen Bericht für die globale Landwirtschaft (Agriculture at the Crossroads, 2008). Dieser hat die Abkehr von der industrialisierten Landwirtschaft gefordert (die VDW hat die Zusammenfassung ins Deutsche übersetzt) und sieht die Ernährungssicherung durch die kleinbäuerliche Landwirtschaft eher gewährleistet als durch weitere Industrialisierung der Landwirtschaft einschließlich der gentechnisch modifizierten Arten. Leider ist der Bericht aber in Deutschland von

der Bundesregierung nicht akzeptiert worden. Zum Hunger in vielen Ländern kommt die wachsende Wahrscheinlichkeit für wetterbedingte Katastrophen hinzu.

Der Zwischenstaatliche Ausschuss über Klimaänderungen hat zum Thema Ernährung und Klimaänderungen durch den Menschen Folgendes festgehalten (IPCC, 2007):

- Bei örtlicher Erwärmung um bis zu 1 bis 3°C werden leichte Ertragssteigerungen in mittleren und hohen Breiten je nach Feldfrucht erwartet, mit einer Abnahme in einigen Regionen bei Überschreitung dieser Erwärmung.
- In niederen Breiten, speziell in Regionen mit Trockenperioden und in den Tropen sollten die Erträge schon bei geringer lokaler Erwärmung um 1 bis 2°C abnehmen, mit erhöhtem Risiko für Hunger.
- Häufigere Dürren und Überschwemmungen werden die Erträge negativ beeinflussen, insbesondere bei der Subsistenzlandwirtschaft in niederen Breiten.

Auch in diesem Bereich werden also die Menschen besonders betroffen sein, die Klimaänderungen fast nicht verursacht haben. Die Felder für Maßnahmen zur Kehrtwende in der Landwirtschaft sind sehr häufig mit unserem Verhalten und auch dem der Menschen in den Hungergebieten verknüpft: Bei uns weniger Nahrungsmittel wegwerfen, weniger Fleisch essen, dort Ernteverluste eindämmen, weniger Korruption und damit weniger Unterschied zwischen Armen und Reichen.

Schlussbemerkungen

Die durch Klimaänderungen bewirkten häufigeren und auch neuen Wetterextreme werden die Länder mit „schlampiger“ sicherheitsrelevanter Infrastruktur (dazu gehören die meisten armen Länder aber auch zu Teilen die USA) nach jedem „Jahrhundert“-Ereignis zurückwerfen; internationale Hilfsaktionen werden dann noch häufiger notwendig sein als bisher; undemokratische Regierungen und bewaffnete Konflikte werden wahrscheinlicher, die Migration nimmt noch weiter zu. Vorsorge ist immer billiger als Katastrophenhilfe und die billigste Vorsorge ist global koordinierte Klimapolitik, diese hat aber als Voraussetzung eine Weltinnenpolitik. Stringente Klimapolitik hätte somit eine große Friedensdividende.

¹Willy Brandt in seiner Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen, 26. September 1973

Literatur

IPCC (2007): Contribution of Working Group II to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change; M.L. Parry, O.F. Canziani, J.P. Palutikof, P.J. van der Linden and C.E. Hanson (eds); Cambridge University Press, Cambridge, United Kingdom and New York, NY, USA.

Über den Autor:

Jahrgang 1940. 1978 Habilitation, 1981 Ruf ans Kieler Institut für Meereskunde, 1984 Wechsel als Direktor ans Institut für Physik am GKSS-Forschungszentrum, 1988-94 Professor and der Universität Hamburg und gleichzeitig Direktor des MPI, Ruf an die World Meteorological Organisation der UNO in Genf, Mitarbeit im Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC). Auszeichnungen u.a. Max-Planck-Preis der Humboldt-Stiftung, Bundesverdienstkreuz 1. Klasse, Deutscher Umweltpreis, Ehrendoktorwürde der FU Berlin. Er war bis zum 24. Oktober 2009 im Vorstand der VDW und ist seitdem Beiratsvorsitzender der VDW.

Prof. Dr. Hartmut Graßl
Max-Planck-Institut für Meteorologie
Bundesstr. 55, 20146 Hamburg
E-Mail: hartmut.grassl@zmaw.de

Wie weiter mit Friedenseinsätzen? „Peace Operations 2025“ Eine Szenariostudie des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze (ZIF), unterstützt von Z_punkt, gibt Aufschluss

Z_punkt 10. Dezember 2012: Wird es in 10, 15 Jahren überhaupt noch Friedenseinsätze geben? Und wer wird sie finanzieren? Wer Truppen schicken? Wird die Welt noch konfliktreicher, als sie bereits ist? Und welche Rolle wird die UNO, wird der UN-Sicherheitsrat dann noch spielen?

Internationale Friedenseinsätze haben sich in den zurückliegenden Jahrzehnten enorm verändert. Die Aufgaben, die durch Friedenseinsätze gemeistert werden müssen, sind vielfältig und beständig kommen neue Tasks hinzu, Kriseninterventionen werden komplexer. Immer mehr Kooperationen und Partnerschaften zwischen internationalen Organisationen entstehen, mehr Akteure entscheiden mit.

„Derzeit laufen weltweit über 70 Friedensmissionen und sie sind ein zentrales Instrument der internationalen Gemeinschaft im Umgang mit Konflikten und fragilen Staaten. Insofern ist es dringend erforderlich, über zukünftige Strategien für Peace Operations nachzudenken“, betont Z_punkt Scientific Director Dr. Karlheinz Steinmüller.

Eine internationale und interdisziplinäre Gruppe von erfahrenen Praktikern aus Friedenseinsätzen, Entscheidern und hochkarätigen politischen Vordenkern, traf sich über einen Zeitraum von anderthalb Jahren zu einem Szenarioprozess zur Zukunft Internationaler Friedenseinsätze. In drei Workshops – in Berlin, Addis Abeba und New York wurden vier plausible und konsistente Szenarien entwickelt. Zwar konnten auch die hochkarätigen Experten keine sicheren Prognosen zu diesen Fragen abgeben. Aber sie konnten in dem Prozess, moderiert und unterstützt von Z_punkt, prinzipielle Möglichkeiten, eben die genannten Szenarien, herausarbeiten. Die Szenarien und Ergebnisse sind gerade unter dem Titel „Peace Operations 2025“ vom Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) publiziert worden.

Im Fokus der Workshopteilnehmer standen insbesondere auch die Wechselwirkungen der Schlüsselfaktoren untereinander. So sind beispielsweise die sehr unterschiedlichen lokalen Auswirkungen der Megatrends „Demografischer Wandel“ und „Klimawandel“ in weniger entwickelten Staaten zu berücksichtigen: die Folgen raschen Bevölkerungswachstums auf Ökonomie und Ökologie eines Landes, die Möglichkeiten mit Extremwetterlagen und Wassermangel umzugehen. Unterschiedliche Projektionen liegen den Zukunftsbildern zugrunde: sie gehen einerseits von einer günstigen Entwicklung der Weltwirtschaft, wie auch vom Gegenteil aus.

Wie verhalten sich Staaten im Spannungsfeld zwischen nationalen Interessen und globalen Abhängigkeiten? Werden bestehende multilaterale Beziehungen gestärkt oder entwickeln sich neue regionale Strukturen? Wie wirkt sich die Verschiebung der globalen ökonomischen und politischen Machtverhältnisse aus? Werden sich neue Mächte wie China, Indien und Brasilien in bestehende Strukturen des internationalen Krisenmanagements einfügen? Falls ja, wie könnten neue Strukturen aussehen?

Welche Rolle spielt der Wertewandel in Gesellschaften in Bezug auf die Akzeptanz von internationalen Friedens-

einsätzen? Und welche Auswirkungen haben fragile Staatsgebilde, mögliche Konflikte um Ressourcen und die Zunahme von Organisierter Kriminalität, Migration und Flüchtlingsströmen?

Mit welchem politischen Druck durch neue Medien ist zu rechnen und welches Potenzial haben neue Technologien – sind sie Segen oder Bedrohung? Und welche Rolle übernehmen privatwirtschaftlich orientierte Sicherheitsfirmen im Zusammenspiel internationalen Krisenmanagements?

Z_punkt Senior Foresight Consultant und Projektleiter Björn Theis unterstreicht: „Die besonderen Herausforderungen in diesem Projekt lagen in den vielschichtigen Wechselwirkungen von sozialen, technologischen, politischen, ökonomischen und ökologischen Faktoren sowie regionalen Aspekten, die die Zukunft von internationalen Friedenseinsätzen beeinflussen. Gerade an einer solchen komplexen Fragestellung zeigt sich, was Zukunftsforschung leisten kann: Mit Hilfe ihrer Methoden, gepaart mit dem interdisziplinären Fachwissen der internationalen Workshopteilnehmer/innen können komplexe Zusammenhänge sichtbar und systematisiert werden, um so ein strategisches Nachdenken über die Zukunft zu ermöglichen.“

Die vier aussagekräftigen Szenarien „Erratic Progress“, „National Interests“, „Regional Diversity“ und „Global Cooperation“ sind in Teilen bewusst überspitzt formuliert, denn die Zukunftsbilder sind keine Voraussagen, vielmehr sollen sie zum kreativen Nachdenken über die Zukunft internationaler Friedenseinsätze anregen.

Eine Zusammenfassung der Szenarien auf Deutsch ist unter folgendem Link im Internet abrufbar.

www.z-unkt.de/zukunft_der_friedenseinsaetze.html

Die komplette Studie zum Download finden Sie im Internet unter: www.z-punkt.de/studien.html

Weitere Informationen:

Z_punkt GmbH
The Foresight Company
Anna-Schneider-Steig 2
D-50678 Köln

Telefon +49 221 355 534 0
Fax +49 221 355 534 22

www.z-punkt.de

Pressekontakt:

Claudia Mützelfeldt
Customer Relationship
+49 221 355 534 24
muetzelfeldtz_punkt.de

Zeitschrift für Zukunftsforschung

www.zeitschrift-zukunftsforschung.de

Über alle gesellschaftlichen Bereiche hinweg lässt sich eine zunehmende Nachfrage nach zukunftsbezogenem Wissen und belastbaren Zukunftsanalysen beobachten. Universitäre und außeruniversitäre Forschungseinrichtun-

gen, Forschungsabteilungen privatwirtschaftlicher Unternehmen und gesellschaftspolitische Think Tanks betreiben zukunftsbezogene Forschung, um diesen Bedarf zu decken. Dennoch gibt es im deutschsprachigen Raum keinen

systematischen und wissenschaftlich orientierten Austausch der dabei gewonnenen Erkenntnisse und Forschungsergebnisse. Die neu gegründete Zeitschrift für Zukunftsforschung soll diese Lücke schließen. Als online verfügbares, interdisziplinär ausgerichtetes Open Access Journal soll die Zeitschrift für Zukunftsforschung ein Forum zur Diskussion wissenschaftstheoretischer, erkenntnistheoretischer und methodologischer Aspekte der Zukunftsforschung bieten und über die Fachgrenzen hinweg Einblicke in die Ergebnisse angewandter Zukunftsforschung gewähren.

Die Zeitschrift für Zukunftsforschung soll den institutionalisierten wissenschaftlichen Diskurs ermöglichen und sowohl die wissenschaftliche Qualität als auch den Professionalisierungsgrad der Zukunftsforschung erhöhen. Sie

soll dabei helfen, ein gemeinsames, d.h. über das einzelne wissenschaftliche Fach hinausgehendes Verständnis für die wissenschaftstheoretischen und methodischen Herausforderungen zu entwickeln, die mit zukunftsbezogener Forschung einhergehen. Vor allem aber soll die Zeitschrift für Zukunftsforschung dazu beitragen, wissenschaftliche Standards für zukunftsorientierte Forschung zu etablieren.

Aufruf der Zeitschrift:

www.zeitschrift-zukunftsforschung.de

Impressum BLICKPUNKT ZUKUNFT© ISSN: 0720-6194

Herausgeber: Werner Mittelstaedt und die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW e.V.)

Redaktionsanschrift: Ecksteins Hof 50,
D-45721 Haltern am See

E-Mail: Werner.Mittelstaedt-GZS@t-online.de

Website: WWW.BLICKPUNKT-ZUKUNFT.COM

Redaktion: Werner Mittelstaedt (v.i.S.d.P.),
Mechthild Mittelstaedt, Reiner Braun (v.i.S.d.P. für die
VDW-Informationen), Julia Pippig, Karin Schmidt

Herstellung und Gestaltung:
Werner Mittelstaedt

Verteilung: Vereinigung Deutscher Wissenschaftler
(VDW e.V.), Marienstraße 19-20, D-10117 Berlin

Druck: Kamphoven, Essen

Diese Zeitschrift ist aus 100% chlorfrei gebleichtem Papier hergestellt worden, das bei der Herstellung die ISO-Norm 14001 erfüllt.

Copyright: Alle Rechte beim Herausgeber Werner Mittelstaedt. Für die VDW-Informationen bei der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW e.V.).

Erscheinungsweise: 2 Ausgaben pro Jahr

Nachdruckerlaubnis: Nachdruck, auch auszugsweise, von nicht ausdrücklich mit Nachdruckerlaubnis ausgewiesenen Artikeln nur mit schriftlicher Zustimmung der Herausgeber.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder die der Herausgeber wieder.

Artikel für BLICKPUNKT ZUKUNFT können nur berücksichtigt werden, wenn sie mit einem Textverarbeitungssystem (WORD, WORKS, Word Perfect, Text) erfasst wurden und via CD-Rom oder E-Mail zur Redaktion versendet wurden.

BLICKPUNKT ZUKUNFT wird kostenlos an die Mitglieder der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW e.V.) und an interessierte Personen und Institutionen verteilt.

Spenden: Sparda-Bank West eG, Bankleitzahl 36060591, Kontonummer: 385620 – Stichwort: BLICKPUNKT ZUKUNFT

Johannes Gabriel Der wissenschaftliche Umgang mit Zukunft Eine Ideologiekritik am Beispiel von Zukunftsstudien über China



Wiesbaden, 2013, 429 S., 21 Abb., Springer VS,
ISBN 978-3-658-01874-0, € 59,99

Wissenschaft und Zukunft stehen in einem Spannungsfeld zueinander, denn Zukunft lässt sich nicht wissen. Wissenschaft kann nur dann ohne Rückgriff auf Ideologie mit Zukunft umgehen, wenn sie sich nicht auf die Erzeugung von Wissen, sondern auf das Kenntlichmachen von Nicht-wissen-können konzentriert und mit plausiblen Gedankenex-

perimenten anstatt mit vermeintlichen Erklärungen über Zukunft arbeitet. Wenn sich die wissenschaftstheoretischen und -philosophischen Grundlagen derart anpassen lassen, kann der Wissenschaft eine Beurteilung verschiedener Umgangsformen mit Zukunft wie Prognosen und Szenarien gelingen. Nach der Analyse idealtypischer Umgangsformen mit Zukunft führt Johannes Gabriel die theoretischen Überlegungen zum Spannungsfeld zwischen Wissenschaft und Zukunft und die daraus ableitbaren Konsequenzen mit den Ergebnissen der Analyse der Zukunftsbetrachtungen über China zusammen.

Der Inhalt

Wissenschaft versus Zukunft.- Konsequenzen für den wissenschaftlichen Umgang mit Zukunft.- Fallstudien zur Zukunft Chinas.- Wissenschaft und Zukunft

Die Zielgruppen

Dozierende und Studierende der Zukunftsforschung, Politikwissenschaft, Wissenschaftsphilosophie und Sinologie. - PraktikerInnen in Planungsstäben, Strategieabteilungen von Unternehmen und der Strategieberatung

Der Autor

Dr. Johannes Gabriel berät private, öffentliche und zivilgesellschaftliche Organisationen in Fragen der Strategieentwicklung und erforscht politische, gesellschaftliche und technologische Umfelder, insbesondere in Emerging Markets. Er studierte Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre an der Universität Trier und promovierte bei der Society and Technology Research Group der Daimler AG. Er ist Fellow des Global Public Policy Institute (GPPi).

Weltinnenpolitik für das 21. Jahrhundert (* (** von Ulrich Bartosch

Die Vision von der „Einen Welt“?

Eigentlich müsste der Titel des Beitrags mit *Fragezeichen* ausgestattet sein. Schließlich erscheint das Wort von der „Weltinnenpolitik“ doch sehr visionär und eher Ausdruck des Wünschbaren, denn als eine realistische, nüchterne politische Bestandsaufnahme der aktuellen und der Bedingungen der künftigen Politik. Weltinnenpolitik suggeriert einen einheitlichen Politikprozess im globalen Maßstab, der zudem verfassungsmäßig, also im Rahmen einer Rechtsordnung und mit friedlichen Mitteln von den politischen Akteuren gestaltet würde. Der nüchterne Blick auf die kriegerischen Konflikte der Welt und ein ernster Gedanke an die Ungerechtigkeit der Verteilung von Armut und Reichtum lassen schwere Zweifel aufkommen, ob „Weltinnenpolitik“ jemals möglich sein wird, geschweige schon sichtbar wäre. Dann ist es eine Frage: „Weltinnenpolitik“ für das 21. Jahrhundert?

Wenn man aber dann die interdependente Welt als Tatsache wahrnimmt, was wir nicht zuletzt im Begriff der „Globalisierung“ ausdrücken, dann wird doch ebenfalls offenbar, dass sich einzelne Akteure den Prozessen globalisierter Politik nicht entziehen können. Zumindest scheint es wenig sinnvoll, sich außerhalb der globalisierten Politik positionieren und das Geschehen gleichsam von außen betrachten zu wollen. Es wäre mehr als zynisch, wollte man sagen: „Wir sitzen alle im gleichen Boot“. Es gibt Gewinner und Verlierer im globalen Verteilungskampf. Aber es liegt doch auch auf der Hand, dass alle Ungerechtigkeit *innerhalb einer Welt* geschieht. Es gibt kein Außen mehr, für niemanden. Die „Einen“ behandeln die gesamte Welt, als sei sie ihrer Verfügbarkeit unterworfen. Die „Anderen“ erleben die Folgen dieser Behandlung als Verlust der eigenen Lebensgrundlagen in ihrer Welt, die sich nicht mehr von der Welt der „Einen“ trennen lässt. Die politischen Prozesse sind nicht mehr voneinander trennbar, das scheint die Realität: *Weltinnenpolitik für das 21. Jahrhundert!* Hier ist ein *Ausrufungszeichen* als Bekräftigung angebracht. „So ist es!“, soll das bedeuten.

Nun ist bekanntlich der Gedanke von der Welt als *einer* begrenzten *Einheit* nicht erst in unseren Tagen aufgetaucht. Vielmehr ist spätestens mit Immanuel Kant die friedliche gemeinsame Verwaltung der Welt insgesamt, eine ebenso gerühmte wie belächelte politische Idee. In die politische Ideengeschichte geht sie unter dem Etikett des „politischen Idealismus“ ein. Damit ist nicht gleich die Diskreditierung einer solchen Vorstellung verbunden. Es geht eher um die Präferenzen in der Zielsetzung für politisches Handeln. Im Vertrauen auf die Stichhaltigkeit der Argumente der Aufklärung, wird die Entwicklung der Menschheit zu ihrer eigentlichen Bestimmung des Menschseins für möglich und wünschbar eingeschätzt. Die Vernunft legt diese Höherbildung des Menschen nahe und aus Vernunftgründen sollte das, was als vernünftig gedacht werden kann, auch in vernünftiges Handeln umgesetzt werden. In diesem Sinne hält der politische Idealismus die Verhältnisse für wandelbar und sieht das politische Handeln diesem Wandel verpflichtet, auch wenn die realen Verhältnisse dem zu widersprechen *scheinen*. Die mögliche Realität kann als eine Form von höherer Wirklichkeit ebenfalls als *gegeben* gesehen werden.

Aber muss nicht politisches Handeln jenseits aller ‚Trümereien‘ angesiedelt sein? Auch der „politische Realismus“ ist willens, die Welt als *einen* gemeinsamen *Schauplatz* zu betrachten, Allerdings steht dem Realismus die Zielsetzung einer besseren Zukunft nicht zur Verfügung. Vernünftige Politik im Sinne der „Aufklärung“ bedeutet dann schonungslose Aufdeckung der realen machtvollen Gegensätze zwischen den Akteuren. Deren grundsätzliche Freiheit, so zu handeln, wie sie wollen, muss durch Macht und Gegenmacht reguliert werden. Die tatsächliche Wirklichkeit der Gegenwart kann nicht einer, möglichen Wirklichkeit der Zukunft nachgeordnet werden. Selbstredend kann auch nur dann das Ziel einer friedlichen Ordnung verfolgt werden, die freilich auch das Recht zur (präventiven und defensiven) Kriegführung nicht ausschließt.

Eine grundsätzliche und *gemeinsame Voraussetzung* bei der eigentlich antagonistischer Positionen ist die *vorhandene ausreichende Zeit* für weitere Entwicklung. Beide bewegen sich in einem offenen Horizont der Zukunft, der zumindest nicht durch menschliches Handeln begrenzt werden kann. Wie aber, wenn sich diese Voraussetzung ändert? Was folgt für beide, wenn die Zukunft nicht mehr gänzlich offen ist, sondern in wesentlichen, existentiellen Aspekten festgelegt ist? Was passiert mit beiden politischen Denkfiguren, wenn das Ende der Welt durch den Menschen herbeigeführt werden kann und diese Gefahr realistisch besteht?

Diese reale Zeitbegrenzung als unbedingte Ausgangslage verbirgt sich im Konzept der „Weltinnenpolitik“ von Carl Friedrich von Weizsäcker. Sie wird nachfolgend zusammenfassend skizziert. Ausführliche Analysen sind vom Verfasser an anderer Stelle vorgenommen worden und werden hier nicht detailliert wiederholt. Dagegen wird im Anschluss der Versuch gemacht, einige Texte einzuführen, die aktuelle Zugänge zum weltinnenpolitischen Denken eröffnen können. Dabei werden die Begriffe *Einheit, Dekonstruktion, Konstruktion und Transformation* als Leitbegriffe eingesetzt.

Ein realistischer Blick auf eine interdependente Welt

Carl Friedrich von Weizsäcker führte den Begriff „Welt-Innenpolitik“ im Jahre 1963 ein. Anlässlich der Verleihung des Friedenspreises durch den Deutschen Buchhandel an ihn, dankte er mit einer Analyse der „Bedingungen des Friedens“, die vielfach eher als wohlgemeinte Vision denn als eine an den Tatsachen orientierte Politikanalyse verstanden wurde. Im Kern findet sich eine Neuinterpretation des politischen Idealismus, den Weizsäcker mit einigen weiteren politischen Denkern der fünfziger Jahre teilt. Womöglich geht er aber über diese Warner vor der atomaren Apokalypse hinaus. Er wendet sich auch einem neuen Verständnis des politischen Realismus zu. Zwar ist Veränderung der Antipode eigentlich logisch naheliegend, aber sie zwingt – in Verbindung dem ‚neuen‘ Idealismus – zur Aufgabe einer reinen Friedensethik. Weizsäcker sieht die unmittelbare Notwendigkeit, ‚die Möglichkeit des Krieges zu beseitigen‘ und nur dadurch ‚Mit der Bombe leben‘ zu können. Der Weg zu einer politisch gesicherten Weltfriedensordnung muss aber ggf. auch durch die gegenseitige Abschreckung im Sinne einer Frist der „Atempause“ gewonnen werden. Carl Friedrich von Weizsäcker denkt also explizit militärisch, strategisch. Er sieht sich in jeder Hinsicht dem Frieden verpflichtet, ohne ein ‚Friedensapostel‘ sein zu wollen oder zu können. Mit großer Bewunderung spricht er von Gandhi. Mit Überzeugung vertritt er die Wahrheit der Bergpredigt. Bewundernd sieht er die Haltung der Quäker. Für sich selbst und für seine Adressaten vermag er aber eine vergleichbare Radikalität nicht einzufordern.

Carl Friedrich von Weizsäcker erzählte immer wieder von jenem erregten, nächtlichen Gespräch mit Georg Picht im Februar 1939, als die beiden jungen Männer die absehbaren Folgen der entdeckten Kernspaltung aus dem Stegreif deklinieren: Mit der Kernspaltung wird eine ungeheuerliche Energiemenge frei. Diese könnte auch für Sprengstoffe nutzbar gemacht werden. Da die Atomwaffen also denkbar sind, wird es jemand geben, der sie baut. Wenn sie gebaut sind, wird man sie einsetzen. Wenn man sie einsetzt werden die Folgen fürchterlich sein. Mit einem Atomkrieg würde sich die Menschheit auslöschen. Deshalb muss die Möglichkeit des Krieges abgeschafft werden.

Die Abschaffung des Krieges, jene altherwürdige ‚Utopie‘, die doch völlig unreal beurteilt wurde im Laufe der Jahrhunderte, wurde nun als einzig mögliche, realistische Option identifiziert. Die beiden Diskutanten sahen sich in einer verzweifelten Ausgangslage: Eine friedliche Welt, so wünschbar sie auch ist, hat es nie gegeben und sie wird es wohl auch nicht geben. Aber eine unfriedliche Welt wird es auch nicht geben, da sie schließlich in einem letzten Vernichtungskrieg untergehen müsste. Deshalb wird das bisher Unmögliche als das zukünftig Tatsächliche hergestellt werden müssen. Das

Überleben der Menschheit ist vom friedlichen Zusammenleben abhängig. Die gestellte Aufgabe ist eigentlich nicht zu bewältigen. Der einzige Trost ist, dass die technische Entwicklung der Bombe doch ein so großes Problem sein könnte, dass die verstreichende Zeit bis zur Herstellung für die Einrichtung einer friedlichen Staatenordnung genutzt werden könnte.

Persönliche Verstrickung in die Weltgeschichte

Es ist hier nicht der Ort, die vielschichtige Kontroverse über die Haltung und die Arbeit der deutschen Atomforscher im „Uranverein“ zu referieren. Man kann verkürzt festhalten, dass die Entscheidungsgrundlagen auch hier nicht einfach waren. Wenn man Anfang 1939 den oben erinnerten Gedankengang reflektierte, dann befand man sich hinsichtlich der Entscheidung an der Entwicklung einer Atombombe beizutragen in einer misslichen Lage. Tat man nichts, musste man in Kauf nehmen, dass die andere Seite alleine davon zog. Dies aber hieße, die Zerstörung der eigenen Heimat in Kauf zu nehmen. Verfolgte man die Forschung, war denkbar, dass die andere Seite allererst genötigt würde in den Entwicklungswettstreit einzutreten oder ihrerseits hilflos ausgeliefert zu sein. Wünschbar war nur: entweder beide Seiten verfügen gleichzeitig über die Waffe und halten sich somit gegenseitig in Schach, oder keine Seite stattet sich damit aus, weil man sich darüber vernünftig geeinigt hatte. In der Darstellung der Weizsäcker und seines Lehrers und Freundes Heisenberg entschieden sich die beiden dafür, die Bedingungen für eine technische Herstellung soweit zu erforschen, dass eine Entscheidungsgrundlage überhaupt erst hergestellt wurde.

Heisenberg und Weizsäcker wollten nicht glauben was passiert war, als sie die Nachrichten vom Abwurf der Atombomben über Hiroshima und Nagasaki während ihrer Internierung in Farm Hall erhielten. Offensichtlich hatten Sie nicht für möglich gehalten, dass die Alliierten diese Waffe noch innerhalb dieses Krieges hätten einsetzen können. Wahrscheinlich wurde ihnen augenblicklich bewusst, dass ihre Verantwortung noch größer war, als angenommen. Die Bombe hätte über Berlin zur Zündung kommen können. Waren sie somit „zweitklassig“ oder gar Verräter, wie in der Diskussion unter den Internierten in Farm Hall erwogen wurde? Hätten sie nicht alles tun müssen, um die Bombe zu entwickeln?

In jedem Fall führte die Situation für jene deutschen Physiker, die im Land geblieben waren und damit zweifelsfrei nicht offen gegen das verbrecherische Hitler-Regime rebelliert hatten, in ein Dilemma. Für sie war schlicht unmöglich, eine Position zweifelsfreier moralischer Integrität für sich zu beanspruchen. „Die Physiker haben die Sünde kennengelernt“, diesen Ausspruch von Robert Oppenheimer, sah Carl Friedrich von Weizsäcker auch für sich als Mitglied der Physiker-Zunft gelten. Die Wissenschaftler der Alliierten wollten und konnten aber für sich in Anspruch nehmen, diesen Sündenfall in Reaktion auf die Gefährdung durch das absolute Böse, Nazi-Deutschland, begangen zu haben. Die Erklärung der deutschen Kollegen, sie hätten die Herstellung der Bombe eben nicht mit Nachdruck entwickeln wollen, musste da schnell als ungeheuerliche Ausflucht, ja Provokation erscheinen. Waren dann die alliierten Wissenschaftler umfassender schuldig geworden, als die Forscher-Elite eines menschenverachtenden Dritten Reiches? Der Streit um die richtige Interpretation der Ereignisse dauert bis heute an.

Für die Entwicklung des weltinnenpolitischen Denkens von Carl Friedrich von Weizsäcker ist dieser Disput eigentlich zweitrangig (so sehr er von dieser Frage auch persönlich berührt war). Sein Denken schließt an das nächtliche Gespräch mit Picht an, dessen Kern so unerwartet schnell weltgeschichtliche Realität geworden war. Fortan ist er in seiner Weltsicht geprägt durch die reale Gefahr eines Atomkriegs, die er nicht nur denkt, sondern spürt – man könnte sagen: erlebt. Nun muss die Abschaffung des Krieges eingefordert und verwirklicht werden.

Verkehrung des Utopischen

Carl Friedrich von Weizsäcker ist mit seiner Sorge vor einem Atomkrieg nicht alleine in der Nachkriegswelt. Vielmehr kann man sagen, dass er mit anderen Denkern und Mahnern in der Analyse der neuen Gegenwart des Atomaren Zeitalters weitgehend übereinstimmt. Zu diesen Autoren zählen z.B. Ber-

trand Russel, Joseph Rotblat, Karl Jaspers, Günther Anders aber auch die deutschen Atomforscher Max Born, Otto Hahn und Werner Heisenberg. Sie alle sehen den Frieden der Menschheit, dieses bisher so hehre, wünschbare und als Träumerei denunzierte Ziel, als unausweichlichen Zwang. Ihr „Atomarer Realismus“ lässt sich in einigen Prämissen charakterisieren:

- (1) Mit der Existenz der Atombombe ist eine völlig neue Welt-situation eingetreten.
- (2) Die Menschheit muss die Verantwortung für ihre Fort-existenz bewusst tragen.
- (3) Die internationale Staatenwelt ist gezwungen, den Globus als eine reale politische Einheit zu begreifen, in der Kriege nicht mehr als Fortsetzung der Politik erlaubt sein dürfen.
- (4) Die Realisierung einer zeitgemäßen neuen Politik ist mit der Durchsetzung einer neuen, weltweit verbindlichen Ethik zu verknüpfen.
- (5) Zur Bestimmung der ethischen Grundlagen einer neuen Politik ist eine kritische philosophische Reflexion unerlässlich.
- (6) Die Menschheit ist prinzipiell qua Vernunft zur Einheitlich-keit fähig, Bewusstseinswandel ist möglich.
- (7) Die Gegenwart birgt die faktischen Voraussetzungen für eine politische Einheit, die friedliche Weltordnung ist machbar.
- (8) Alles reale politische Handeln muss die weitere Möglichkeit zur Verwirklichung der Welteinheit zur Richtschnur haben und den Prozess der Aufklärung vorantreiben.
- (9) Die Utopie verliert ihren Charakter eines beliebigen politi-schen Entwurfes, sie wird zum Zwang.
- (10) Die Bedingungen der Möglichkeit einer Erkenntnis der Zukunft reichen aus, um diese Zwanghaftigkeit zu begründen.

Obwohl die genannten Autoren sicherlich weder politisch übereinstimmten, noch als Zeitgenossen Verbündete waren, zeigen sie sich in ihren Schriften darüber einig, dass das Atoma-re Zeitalter ein neues politisches Denken erfordert. Vor dem Hintergrund des dann alles beherrschenden Ost-West-Konflikts wirken diese Forderungen allerdings ebenso über-zeugend, wie sie illusionär erscheinen. Nicht der Frieden, son-derm der Krieg ist allgegenwärtig, wie sich in der Metapher vom „Kalten Krieg“ niederschlägt, die bald den Status einer *Umschreibung* verliert und zur selbstverständlichen *Beschrei-bung* einer zur Normalität gerinnenden prekären Situation wird. Anstelle des nötigen positiven Friedens entsteht ein waf-fenstarrer Nicht-Krieg, der eher den Charakter eines Waffenstillstands, also einer Kampfpause hat. Beide Seiten sind jederzeit bereit, die Kampfhandlungen *unmittelbar* fort-zusetzen.

Verweigerung und Kooperation

Im Klima dieser militärischen Dauerkonfrontation antagonisti-scher ideologischer Blöcke positioniert sich die deutsche Atomforscher-Elite mit der „Göttinger Erklärung“. Auf die be-kannte Äußerung von Konrad Adenauer, dass taktische Atomwaffen nur eine Weiterentwicklung der Artillerie seien, reagierten die Wissenschaftler mit Entrüstung und verweig-erten öffentlich jegliche Mitwirkung durch ihre Forschung und Lehre. Ein unerhörter Grenzübertritt der Wissenschaftler in das Feld der Politik für damalige Verhältnisse. Im Rückblick beschrieb Weizsäcker später seine Zielsetzung:

„Der Text stammt aus jenen Jahrzehnten, in denen der Friede als „kalter Krieg“ zwischen den Supermächten bestand, aber die Verbreitung der Atomwaffen auf andere Staaten sich vorbereitete. Amerika, England, Russland besaßen sie. Dass Frankreich an ihnen arbeitete, wussten wir; dass China es tat, konnten wir vermuten. Ich hatte eine sorgenvolle Zukunftsvorstellung: Wenn einmal vielleicht 25 Staaten, also nicht bloß Großmächte, taktische Atomwaffen besäßen, könnte es geschehen, dass ein lokaler Krieg durch Einsatz einiger sol-cher Waffen rasch beendet würde. Das könnte für einen zweiten und dritten Krieg ein Vorbild sein. Und wo würde dann die Schwelle zum Menschheitsselfmord überschritten werden? Viele Menschen hatten damals solche Sorgen und der Atomwaffen-Sperrvertrag bereitete sich vor. Dieser Ver-trag ist keine endgültige Lösung, aber doch ein zeitweilig sta-bilisierender Faktor. Ich wünschte öffentlich für ihn einzutret-en. Dann aber musste ich, um glaubwürdig zu sein, zu aller-erst öffentlich deutlich machen, dass ich die Waffen jedenfalls

nicht für meine eigene Nation wünschte. Und wir, die Unterzeichner der Göttinger Erklärung, mussten deutlich machen, dass wir uns zu allererst persönlich an diesen Verzicht binden.“

Die 18 unterzeichnenden Atomforscher und allen voran Carl Friedrich von Weizsäcker avancierten durch diese Aktion zu medialen ‚Stars‘. Sie nahmen für eine große Öffentlichkeit die Position des guten Gewissens auf der Basis ausgewiesener Expertise ein. Stellt man auch in Rechnung, dass dies für die Betroffenen auch schmeichelhaft gewesen sein mag, dann kann man aber dennoch unterstellen, dass die persönliche Sorge und Verantwortung echt war. Weizsäcker nimmt dabei noch eine Sonderposition, da er sich den neuesten militärstrategischen Entwicklungen ernsthaft und konstruktiv zuwandte. Für viele Mitstreiter und Bewunderer wurde er damit zum Abtrünnigen. Die Artikelserie „Mit der Bombe leben“ zeigte, dass Weizsäcker gewillt war, die Abschreckungsstrategie – und damit die Rüstung – als Aufgabe anzunehmen. Die durch die Abschreckung gewonnene „Atempause“ war unverzichtbar. Deshalb musste er Argumentationen suchen, die auch von Militärs akzeptiert und erwogen werden könnten.

Bedingungen des Friedens

Alle Überlegungen verdichten sich dann 1963 in der Formel „Welt-Innenpolitik“. Sie deutet auf eine realistische Sicht der realen Welt und auch die notwendigen Forderungen für eine realistische Zukunft, die stets als „Wege in der Gefahr“ gedacht werden müssten. Weizsäcker hatte sich von jeglicher Idee eines „Ewigen Friedens“ verabschiedet und beschränkte sich auf die für ihn einzige realistische Option: eine andauernde atomare Gefährdung der Welt, die permanent durch politisches und auch durch vernünftiges militärisches Bemühen ausbalanciert werden muss. Mit einem Bewusstseinswandel der Menschheit, die sich von der Option des Krieges verabschiedet, würde ein dauerhafter, politisch gesicherter Weltfrieden machbar. Also: Eine *Auflösung* des Problems ist *nicht denkbar*, wohl aber ist eine *Form adäquaten Managements des Problems machbar*. Nötig ist demnach eine *dauerhafte Entwicklung* der friedlichen Welt.

In der Friedenspreisrede formulierte Weizsäcker:

„Der Weltfriede ist notwendig, denn die Welt der vorhersehbaren Zukunft ist eine wissenschaftlich-technische Welt. Der Weltfriede ist nicht das goldene Zeitalter, sondern sein Herannahen drückt sich in der allmählichen Verwandlung der bisherigen Außenpolitik in Welt-Innenpolitik aus. Der Weltfriede verlangt von uns eine außerordentliche moralische Anstrengung, denn wir müssen überhaupt eine Ethik des Lebens in der technischen Welt entwickeln.“

In diesen Sätzen, die in der Rede mehrfach erweitert und vertiefend erläutert werden, wird deutlich, dass von einem Management dauerhafter Gefahr gesprochen wird. Bei genauerer Analyse ergibt sich eine Geflecht von gedachten gegenseitigen Abhängigkeiten (den „Bedingungen des Friedens“) zukünftiger politischer Entwicklung, die stets prekär bleibt und auch rückschrittlich sein kann. In späteren Texten spricht Weizsäcker von „unvollständiger“, „aktiver“ und „vollständiger“ Weltinnenpolitik, wodurch der prozessuale Charakter differenzierter zur Geltung kommt. In eigener Rückschau beschreibt er, was ihn „damals zu dieser Wortprägung veranlasst hat“:

„Weltinnenpolitik ist nicht das goldene Zeitalter. Die Konflikte zwischen den Menschengruppen dauern fort. Aber Innenpolitik ist eine andere Form, die Konflikte auszutragen; zu ihren anerkannten Institutionen gehört nicht mehr der Krieg der Konflikträger gegeneinander. Und was mir sehr wichtig war: Ich glaubte eine Entwicklung des Menschheitsbewusstseins in dieser Richtung schon zu spüren. In alten Zeiten führten vielfach Fürsten die Kriege gegeneinander, und ihre Gefolgsleute handelten in der Loyalität zum Fürsten. Später führten Nationen die Kriege gegeneinander, und ihre Soldaten handelten in der Loyalität zur Nation; noch den Ersten Weltkrieg verstanden die Kämpfenden so. Der Zweite Weltkrieg freilich sah sich schon nicht mehr so eindeutig national. Der Westen kämpfte weniger gegen die Deutschen als gegen Hitler, und Hitler rechtfertigte sich durch eine Rassen-Ideologie.

Schließlich dann der jahrzehntelange „kalte Krieg“ verstand sich nicht mehr „amerikanisch“ oder „russisch“, sondern als Gegensatz von Liberalismus und Kommunismus. Freilich blieb die „Institution des Kriegs“ erhalten, welche den gewaltsamen Austrag der innenpolitisch-ideologisch formulierten Gegensätze gestattete. Aber nun bedurfte der Krieg als Rechtfertigung nicht mehr der nationalen, sondern der innenpolitischen Ideologien. Und mit dem Sieg der eigenen Ideologie hoffte jede von beiden Seiten den Weltfrieden definitiv zu sichern. Dies freilich war noch eine Illusion, wie wir seit 1989 zu sehen beginnen. Der Zusammenbruch der kommunistischen Ideologie war nicht der Sieg eines liberalen Weltfriedens.“

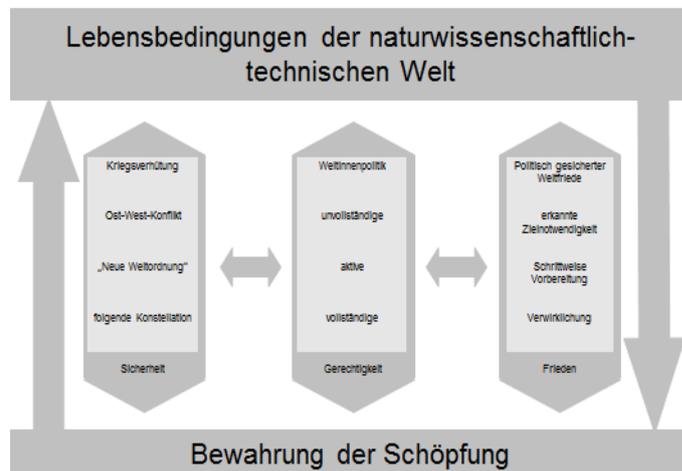


Abb. 1: Weltinnenpolitik als dynamisches „Geflecht“ zwischen militärischer Kriegsvorbereitung und politischer Friedenssicherung, nach BARTOSCH 1995, S. 270

Die Aufgabe, so resümierte Carl Friedrich von Weizsäcker 1995, bleibt also bestehen. Wie könnte es auch anders sein, möchte man ergänzen. Wenn Weltinnenpolitik, wie bisher zu zeigen versucht wurde, für „Bedingungen des Friedens“ steht, wird sie permanent – also in diesem Sinne menschheitsgeschichtlich „ewig“ versucht werden müssen. So wäre *dauerhafte Entwicklung* der Welt möglich. Was könnte dies im 21. Jahrhundert bedeuten?

„Auf dem Weg zu globalem Bewusstsein“

Sucht man nach Dokumenten, die eine vergleichbare weltinnenpolitische Sicht in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts repräsentieren, so fällt auf, dass es offensichtlich die immer dringlicher aufscheinende ökologische Gefährdung der Welt war, die für die Schaffung blockübergreifender Positionen geeignet schien. Im Schnittpunkt von „Klimawandel“ als Sinnbild für die „Bewahrung der Schöpfung“ und „Welternährung“ als Sinnbild für „weltweite Verteilungsgerechtigkeit“ – so könnte man sagen – entstand ein politisches Terrain, das jenseits des Ost-West-Gegensatzes eine gemeinschaftliche politische Verantwortlichkeit formulieren ließ. Dabei blieben allerdings die Fragen von Hunger und Entwicklung fast unweigerlich mit der ideologischen Konfrontation verknüpft, da „Entwicklungshilfe“ immer auch politisch-militärische Dimensionen besetzte.

Ein Schlüsseltext ist der „Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Unsere gemeinsame Zukunft“ von 1987, „... der die Weltöffentlichkeit nachdrücklich an die Dringlichkeit gemeinsamen Handelns erinnerte“ (Ernst Ulrich von Weizsäcker).

Die Arbeit der Kommission hatte 1983 ihren Anfang genommen. Die „aktive Weltinnenpolitik“ im Sinne der Begrifflichkeit Weizsäckers hatte keine Fortschritte gemacht. Im Vorwort des Berichts schreibt Gro Harlem Brundtland: „Nachdem eineinhalb Jahrzehnte lang die weltweite Zusammenarbeit stillstand oder sogar zurückgegangen ist, glaube ich, dass die Zeit für größere Erwartungen gekommen ist, für gemeinsame Ziele, die gemeinsam zu verfolgen wären, für einen ausgesprochenen (sic!) politischen Willen, um unsere gemeinsame Zukunft in Angriff zu nehmen.“ Und sie resümiert die Ergebnisse des Berichts so: „Letzten Endes läuft es auf folgendes hinaus: die Förderung des gemeinsamen Verstehens und des gemeinsamen Verantwortungsbewusstseins, die

in unserer geteilten Welt so dringend erforderlich sind.“ Volker Hauff appellierte als Herausgeber der deutschsprachigen Ausgabe ebenso „weltinnenpolitisch“: „Ich bin überzeugt, dass unsere Vorstellungen von der Zukunft immer weniger von überwiegend nationalen Ideen geprägt sein werden, je mehr wir uns dem nächsten Jahrhundert nähern. Verschwindende Wälder betreffen nicht nur Indonesien und Brasilien; die Beschädigung der Ozonschicht der Erde, die Verbreitung des sauren Regens und atomare Niederschläge beunruhigen keineswegs nur ihre Verursacher. Die Dauerhaftigkeit des Fortschritts der Menschheit hängt zu einem ganz wesentlichen Teil davon ab, dass wir erkennen, dass wir Nachbarn sind auf einem kleinen verwundbaren Planeten, und dass unsere Pflicht, füreinander zu sorgen, eine Verpflichtung auf Gegenseitigkeit ist. ... Wir brauchen eine neue Ethik des menschlichen Überlebens – und wir brauchen sie bald.“

Man muss sich vergegenwärtigen, dass diese Forderungen unter den Bedingungen eines fortbestehenden Antagonismus der Systeme erhoben wurden. Eine baldige, grundsätzliche Änderung der militärisch-ideologischen Konfrontation schien nicht absehbar. Ein Zerfall der Sowjetunion und eine Auflösung des Warschauer Paktes waren für nahezu alle Zeitgenossen bis 1989 völlig außerhalb des Denkbaren. Dennoch bedeutete der Brundtland-Bericht eine aktive Durchbrechung selbstauferlegter, vernünftig erscheinender Denkwortführer für die Internationale Politik. Er führte eine neue Formel in die politische Sprache ein, die – freilich ohne direkte Bezugnahme – eine wichtige Ergänzung des Weltinnenpolitik-Konzepts war: *Dauerhafte Entwicklung bzw. Sustainable Development*. Später wurde daraus dann im deutschsprachigen Diskurs die *Nachhaltige Entwicklung* daraus. Analog zu den Überlegungen Weizsäckers kommt die Brundtland-Kommission zu dem Schluss, dass es darum gehen muss, die Möglichkeit von Zukunft immer neu zu gewinnen und dies in einem dauerhaften Prozess, der die Bedingungen der Zukunft bereits heute zu berücksichtigen hat. Die *Bedingungen der Zukunft* und die *Bedingungen des Friedens* fallen eben zusammen: „'Dauerhafte Entwicklung' beschreibt ... keinen Zustand starrer Ausgewogenheit, sondern eher einen Prozess ständigen Wandels, dessen Ziel darin besteht, die Ausbeutung der Ressourcen, den Investitionsfluss, die Ausrichtung der technologischen Entwicklung und die institutionellen Veränderungen mit künftigen wie gegenwärtigen Entwicklungen in Einklang zu bringen. Wir behaupten nicht, dass es sich dabei um einen einfachen und kontinuierlich verlaufenden Prozess handeln wird. Schmerzhaft Entscheidungen werden notwendig werden, so dass Grundlage dauerhaften Wachstums in erster Linie der politische Wille hierzu sein wird.“ Konsequenterweise führte der Bericht auch einen erweiterten Sicherheitsbegriff ein, der sich als „Bedrohung für die Umweltsicherheit“ aufzeigen lässt und neue Formen der Kooperation auch zwischen Ländern „in feindlichen Beziehungen“ erforderlich macht: „Die Störung des ökologischen Gleichgewichts lässt sich nicht auf militärischem Weg aus der Welt schaffen.“

Was der Brundtland-Bericht und weitere Dokumente ohne Zögern für das 21. Jahrhundert einfordern, ist eine Weltinnenpolitik, die vom geänderten Bewusstsein für eine gemeinsame, globale Verantwortung getragen wird. Die Zukunft wird als grundsätzlich und fundamental gefährdet erkannt. Dies ist auch für Carl Friedrich von Weizsäcker die Ausgangslage. Zwei Erscheinungsformen dieser fundamentalen Gefährdungen werden im Folgenden idealtypisch behandelt: Dekonstruktion und Konstruktion.

Dekonstruktion

Seit Carl Friedrich von Weizsäcker die Gefahr der atomaren Selbstvernichtung zum Ausgangspunkt seiner kopernikanischen Wende des Politischen gemacht hat, sind weitere grundsätzliche Gefährdungen der Zukunft des Menschen auf dem Planeten Erde in unser Bewusstsein gedrungen. Wenngleich sie nicht unbedingt als plötzliche, sondern als „schleichende Katastrophe“ am Horizont der Menschheitsgeschichte erscheinen, so sind sie doch gleichermaßen menschlich verursacht und unumkehrbar, in ihren globalen Auswirkungen. Weizsäcker hat zeitlebens die atomare Apokalypse als vorderste Bedrohung wahrgenommen. Ökologische Gefährdungen hat er sehr wohl gesehen, aber dem Grunde nach für lösbar eingeschätzt. Die tatsächliche Gleichsetzung von *Frieden unter den Menschen* mit dem *Frieden mit der Natur* wird in seinem Umfeld zuvorderst von Klaus Michael Meyer-Abich formuliert. Gleichwohl verwendet Weizsäcker dies auch in der Formel für den konziiliären Prozess: „Kein Friede unter den Menschen ohne Frieden mit der Natur.“ Mag derlei Analyse in den Anfangsjahren, im Kontext einer realistischen Ost-West-Politik, als ökologische Spinnerei wahrgenommen worden sein, heute wird die Wahrheit dieser Aussage immer mehr zum Allgemeingut.

Selbst das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland postuliert eine *Klima-Außenpolitik*: „Zum ersten Mal in der modernen Menschheitsgeschichte sehen wir uns heute durch eine grundlegende Transformation unserer Umwelt bedroht. Klimawandel verändert Territorien, Wasser- und Energieversorgung, landwirtschaftliche Produktion. Wir müssen die Regeln globaler Regierungsführung neu denken. Außenpolitik muss die Risiken und Chancen dieser Transformation thematisieren; sie sollte den Boden bereiten für ein geopolitisches Management dieses Wandels.“ Ein wichtiges Datum ist dabei das Jahr 2020. In der Pre-Durban Conference: Climate Research and Climate Policies am 11. November 2011 im Auswärtigen Amt in Berlin wurde sehr eindeutig formuliert. Wird das 2 Grad Ziel bis 2020 nicht erreicht, wird sich die Welt unaufhaltsam verändern. Wir stehen an einem Wendepunkt, jenseits dessen *verschiedene Welten auf uns zukommen* („seperating two different worlds“). Die Aufgabe ist also so fundamental, wie sie generell ist. Eine existentielle Bedrohung verlangt ein grundlegendes Neuverständnis des Politischen. In den Worten von Hartmut Graßl: „Ohne Weltinnenpolitik ist der anthropogene Klimawandel nicht zu dämpfen.“

Auch die Entwicklungen der *militärischen Rüstung und strategischen Planung* sind in eine neue Phase eingetreten. Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts nehmen die Vereinigten Staaten für sich in Anspruch weltweit mit konventioneller Bewaffnung gegnerische Ziele auszuschalten. Es klingt wie eine Ironie des Schicksals, dass damit die Äußerungen von Konrad Adenauer aus dem Jahre 1957 von der „Weiterentwicklung der Artillerie“ geradezu makaber eingeholt werden. Mit ihrer Neuformulierung der militärischen atomaren Strategie vom 9. Januar 2002, haben die USA den Einsatz von konventionell bestückten Interkontinentalraketen als notwendige Option in Zeiten terroristischer Bedrohungen weltweit deklariert. In der Folge wurde die Idee des „*Prompt Global Strike*“ entwickelt, als einer Möglichkeit für die USA innerhalb einer Stunde jeden erdenklichen Ort in der Welt als Ausgangspunkt von Gefahr zu zerstören. In einer Analyse der Konrad-Adenauer-Stiftung wird 2006 die grundsätzliche Veränderung unterstrichen:

„Konzeptionell bedeutet dies eine Veränderung der Abschreckungslogik des Kalten Krieges, in der sich der Abschreckungseffekt vor allem aus der Androhung unakzeptabler Schäden durch nukleare Zerstörung ergab: die Gefahr der atomaren Vergeltung sollte das Risikokalkül eines (rational abwägenden) Aggressors beeinflussen und ihn von einem Angriff abhalten. Künftig soll Gegnern, deren Pläne kaum durch eine Vergeltungsandrohung beeinflusst werden können, die Möglichkeit eines Angriffs durch die frühzeitige Zerstörung ihrer militärischen Mittel genommen werden. Die Option der nuklearen Vergeltung bleibt erhalten, wird aber durch das Element der offensiven „Vereitelung“ mit Hilfe konventioneller Waffen ergänzt. Gemäß der amerikanischen Nationalen Sicherheitsstrategie vom September 2002, in der die Notwendigkeit von „Preemptive Strikes“ betont wurde, kann eine solche Vereitelung auch vorbeugend erfolgen.“

Auf der Pugwash-Konferenz zur nuklearen Abrüstung in Berlin 2011 hat Egon Bahr – der Vater des Denkens „Gemeinsamer Sicherheit“ – auf die destabilisierende Wirkung dieser Strategie hingewiesen, die geeignet sei, das nukleare Abschreckungssystem ins Wanken zu bringen. Schließlich sind hier noch die neuesten Entwicklungen von militärischen Drohnen zu erwähnen, die im Spektrum von Aufklärungsgeräten bis zu autonom agierenden bewaffneten Drohnen in die militärischen Operationen eingebaut werden. Sie werden ebenfalls als qualitative Wende in der Waffenentwicklung eingeschätzt und mit einer Grenzüberschreitung in neue Dimensionen der Kriegführung in Verbindung gebracht, die weltweite Operationen vom heimischen Computer aus ermöglicht. Die Weiterentwicklung bemannter Flugkampffahrer scheint an ihr Ende gekommen zu sein. Die Vernichtung gegnerischer Ziele droht wird vom Monitor aus gesteuert. Der Schütze ist von der Realität seiner Handlung abgekoppelt. Was dies für einen weiteren Erhalt nuklearer Sicherheit bedeutet, ist angesichts der Brennpunkte Iran, Afghanistan/Pakistan und Korea nicht gut abzuschätzen. Weltinnenpolitisch erscheint diese Entwicklung als Rückschritt, da sie ein globales Dominanzmodell einer Partei repräsentiert.

Konstruktion

Analog zur vollständigen Zerstörung der Lebensgrundlagen für die Menschheit entwickelt sich eine geradezu entgegenge-

setzte fundamentale Gefährdung. Die Fortschritte in den Bereichen der Gentechnologie, Mikrochirurgie, Hirnforschung und Pharmazie ermöglichen das Design des Menschen nach seinen eigenen Vorgaben und Wünschen. Die Möglichkeit, dass der Mensch „gemacht“ wird, wird von vielen Autoren mit Skepsis reflektiert. Hier sei das Buch von Francis Fukuyama herangezogen, der 2002 eine umfassende Analyse der Entwicklung (bis dato) und weitreichende Überlegungen zu den politischen Konsequenzen angestellt hat. Die Argumentation von Fukuyama soll hier nicht nachgezeichnet werden. Stattdessen wird ein längeres Zitat wiedergegeben, das geeignet ist, die weltinnenpolitische Dimension der Fragestellung zu unterstreichen:

„Aber die wirkliche Gefahr, die von der Biotechnologie ausgehen kann, ... lässt sich daher nur sehr schwer mit Nützlichkeitsabwägungen erfassen. Angesichts der Herausforderung durch eine Technologie dieser Art, bei der positive und negative Aspekte so eng miteinander verknüpft sind, habe ich den Eindruck, dass nur eine Reaktion angemessen ist: Die Staaten müssen die Entwicklung und den Gebrauch dieser neuen Technik politisch regulieren, sie müssen Institutionen einsetzen, die zwischen jenen technologischen Fortschritten unterscheiden, die dem Menschen nützen, und jenen, die eine Bedrohung für die Würde und das Wohlergehen des Menschen bedeuten. Diese Überwachungsanstalten müssen zunächst die Kompetenz erhalten, ihre Entscheidungen auf nationaler Ebene durchzusetzen, schließlich müssen sie ihre Reichweite dann international ausdehnen.“

Dieselbe Vorstellung der Machbarkeit von alles und jedem für den Menschen, die Fukuyama veranlasst von einer „post-humanen Geschichte“ zu sprechen, liegt auch der Vorstellung zugrunde, dass die globale Natur selbst, zum Gegenstand ingenieurwissenschaftlichen Vorgehens werden solle. Mit dem Begriff „Geo-Engineering“ sind weitreichende Manipulationen von Wetter, Stoffkreisläufen oder auch Landschaftsbeschaffenheit gemeint. Da viele dieser technologischen Eingriffe in die Natur von wahrlich grenzenlosem Ausmaß sind, stellen auch sie eine weltinnenpolitische Herausforderung dar und sind zugleich Beleg für eine „unvollständige Weltinnenpolitik“.

Transformation

Vielleicht aktuell die umfassendste weltinnenpolitische Herangehensweise skizziert das Hauptgutachten 2011 des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung (WBGU) „Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“. Dieser Generalplan für den Umbau der Weltgesellschaft, der Staatengemeinschaften und der nationalen Ebene, ist als Ziel dem Bewusstseinswandel der Menschen verpflichtet, und orientiert sich an einer Begrifflichkeit von Karl Polanyi, der die Prozesse des 19. Jahrhunderts zur Bildung der Industriegesellschaft als „Große Transformation“ bezeichnet hatte. Heute müssten nationale Interessen einer globalen Kooperation untergeordnet und die „Gestaltung des Unplanbaren“ organisiert werden:

„Fasst man diese Anforderungen an die vor uns liegende Transformation zusammen wird deutlich, dass die anstehenden Veränderungen über technologische und technokratische Reformen weit hinausreichen: Die Gesellschaften müssen auf eine neue „Geschäftsgrundlage“ gestellt werden. *Es geht um einen neuen Weltgesellschaftsvertrag für eine klimaverträgliche und nachhaltige Weltwirtschaftsordnung.* Dessen zentrale Idee ist, dass Individuen und die Zivilgesellschaften, die Staaten und die Staatengemeinschaft sowie die Wirtschaft und die Wissenschaft kollektive Verantwortung für die Vermeidung gefährlichen Klimawandels und für die Abwendung anderer Gefährdungen der Menschheit als Teil des Erdsystems übernehmen. Der Gesellschaftsvertrag kombiniert eine Kultur der Achtsamkeit (aus ökologischer Verantwortung) mit einer Kultur der Teilhabe (als demokratische Verantwortung) sowie mit einer Kultur der Verpflichtung gegenüber zukünftigen Generationen (Zukunftsverantwortung).“

Das Programm des WBGU zielt auf einen „gestaltenden Staat“ mit hoher Partizipation der Bürgerinnen und Bürger, einen „UN-Rat für nachhaltige Entwicklung“ der dem Sicherheitsrat etwa gleichgestellt wäre und fordert Klimaallianzen auf allen globalen bis lokalen Ebenen zwischen Einheiten unterschiedlicher Art.

Es ist bemerkenswert, dass dieser umfassende Entwurf die Fragen der atomaren Sicherheit nahezu nicht berührt. Sie erscheinen eher beiläufig z.B. im Kontext von Gefahren der zivilen Kernkraftnutzung. Explizite Verbindungen zur Entwicklung der Militärstrategie oder -technik werden nicht gezogen. Es lohnt sich daher, ergänzend zum WBGU-Gutachten auch „2052. Eine globale Prognose für die nächsten 40 Jahre“ von Jorgen Randers heranzuziehen. Dieser „neue Bericht an den Club of Rome“ widmet der Entwicklung militärischer Sicherheit einen Abschnitt mit zwei Ausblicken zur Roboterisierung der Kriegsführung und Ausrichtung auf Nachhaltigkeit. Immerhin steht dort, schlicht vermerkt: „Große Kriege – auch Atomkriege – lassen sich auch für die Zukunft nicht gänzlich ausschließen.“ Eine größere Aufregung erzeugt diese Bemerkung allerdings nicht mehr bei den Verfassern. Angesichts der *echten Probleme*, die auf die Menschheit zukommen, scheinen die selbstgemachten, *militärischen Konflikte offensichtlich als Luxus*, den man sich ohnehin nicht mehr leisten kann.

Sieht man von der Schwerpunktverschiebung aus der militärischen in die ökologische Bedrohung ab, so zeigen sich umfassende Übereinstimmungen zwischen den weltinnenpolitischen Überlegungen Carl Friedrich von Weizsäcker und den Programmen „Transformation“ oder „2052“. Im Kern steht 2013 fest, was 1963 nicht für jedermann ersichtlich war: Zur Weltinnenpolitik gibt es keine Alternative und sie muss aktiv gestaltet werden. Dass dies die Wahrheit bleibt, auch wenn die Aufgabe schier unlösbar erscheinen mag, ist indirekt zwischen den aktuellen Autoren und Carl Friedrich von Weizsäcker unstrittig. Er hielt die „Katastrophe für das einzig Wahrscheinliche“ und vernünftiges Handeln für einzig Mögliche. Mit dem Schlussappell von Jorgen Randers hätte er sich sicherlich einverstanden erklärt:

„Es bleibt mir noch eines zu sagen:

Bitte helfen Sie mit,
dass meine Prognose sich als falsch erweist.
Gemeinsam können wir
eine bessere Welt erschaffen.“

Wahrscheinlich hat sich Carl Friedrich von Weizsäcker nicht alleine auf den Menschen verlassen, sondern hätte – selbst heute auch – die Gewissheit um die Gnade eines göttigen Gottes als ‚Bedingung der Möglichkeit‘ einer Wendung zum Guten mitgedacht:

„Wenn ich an den Frieden Gottes nicht glaubte, wäre mir der Friede der Zukunft nicht mehr als ein Schatten über dem Abgrund.“

Aber auch er hätte keine Übereinstimmung über diese Voraussetzung seines Denkens eingefordert. Wichtig war ihm und bleibt bis heute, dass die Transformation zu einer nachhaltigen, friedlichen Welt auf der Grundlage des Bewusstseinswandels gelingen kann und muss.

(* Politische Verantwortung in einer globalisierten Welt
Zum 100. Geburtstag von Carl Friedrich von Weizsäcker

Tagung des Fachverbands Philosophie (Bundesverband, Landesverband Hamburg) in Kooperation mit dem Philosophischen Seminar der Universität Hamburg und der Vereinigung deutscher Wissenschaftler (VDW) 21. - 22. September 2012, Universität Hamburg, Hörsaal D des Philosophenturms (Kokoschka-Saal), Von-Melle-Park 6, 20146 Hamburg

(** Dieser Beitrag von Ulrich Bartosch mit vollständigen Literaturangaben kann von der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW e.V.), Marienstraße 19-20, D-10117 Berlin angefordert werden.

Über den Autor:

Professor Dr. Ulrich Bartosch (Professur für Pädagogik an der Fakultät für Soziale Arbeit der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt) ist seit Oktober 2009 Vorsitzender der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW e.V.).